Pressemitteilung
15. September 2013

Grundeinkommen und direkte Demokratie

Rund 2.500 demonstrierten am 14. September 2013 mit einem bunten Zug und auf den verschiedenen Stationen in Berlin für das Grundeinkommen als ein Menschenrecht. Höhepunkte waren die Statements der Gäste aus ganz Europa, die Rede der taz-Panter-Preisträgerin Inge Hannemann und das Grundeinsingen mit Bernadette La Hengst.

Vielfach diskutiert wurde, dass für die Durchsetzung der Idee des Grundeinkommens in Deutschland eine Demokratisierung der Gesellschaft nötig ist, zum Beispiel durch die Möglichkeit einer bundesweiten Volksabstimmung. "Das Grundeinkommen bedeutet einen radikalen Bruch mit traditionellen Politiken. Daher bedarf es einer breiten öffentlichen Diskussion, die zum Beispiel im Rahmen eines bundesweiten Volksentscheids stattfinden könnte", sagte Ronald Blaschke, Mitglied im Netzwerkrat des Netzwerkrates Grundeinkommen. "Die erfolgreiche Schweizer Volksinitiative für ein Grundeinkommen zeigt, dass die öffentliche Diskussion in Verbindung mit realen direkten Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, um neue Ideen in der Gesellschaft zu verbreiten", ergänzte Stefan Ziller, ebenfalls Mitglied im Netzwerkrat.

Einen Tag nach der Demonstration trafen sich über 25 VertreterInnen der Grundeinkommensnetzwerke in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, um das weitere Vorgehen bei der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen zu diskutieren. Kritisiert wurden die hohen bürokratischen Hürden und das Fehlen infrastruktureller und finanzieller Unterstützung für die Bürgerinitiativen. Verabredet wurden eine engere Zusammenarbeit für die nächsten Monate und eine Intensivierung der Sammlung von Unterschriften, zum Beispiel im Rahmen der 6. Internationalen Woche des Grundeinkommens.

V.i.S.d.P.: Ronald Blaschke, + 49 177 89 41 473, blaschke@grundeinkommen.de,
c/o Netzwerk Grundeinkommen